

Ersteinmal nach dem mit dem **Reichstag** der **Reichs- und Reichs-**

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk., halbjährlich 3,00 Mk., jährlich 6,00 Mk. Durch die Post bezogen 1,00 Mk. zuzü. Bestellg.

Die Neue Welt (Unterhaltungsblatt), monatlich 10 Pf.

Verlags- und Anstalts-Redaktion: Nr. 1047, Expedition: Nr. 1047, Telegramm-Adresse: **Reichshalle Halle/S.**

Die Neue Welt

Insertionsgebühr für die 6 Spalten pro Zeile oder deren Raum 20 Pfennig, für ansonsten Angelegen 30 Pfennig. In reaktionären Kreise kostet die Zeile 70 Pfennig.

Interests für die 1000 Nummer müssen (plattdeutsch) die werbenden Kreise durch Expedition aufgegeben sein.

Einlagen in die Postzustellliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Part. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/4 Uhr mittags.

Geheime Stimmabgabe.

Die Probe aufs Exempel.

Die Regierung Weismann hat sich bequemen müssen, bei der eifrigen Verfassungreform das ziemlich gleiche Wahlrecht neben der gegebenen Stimmabgabe anzugehen. Das sie damit für Preußen einen Schussfoll geschaffen, wird sie zwar energische bestreiten, aber die Öffentlichkeit wird sie eben energisch darauf festlegen müssen.

Am gestrigen Dienstag fand im preußischen Dreifaltigkeitshaus die erste Probe auf das Exempel statt. Man beriet die neue Rheinische Gemeindeordnung, die ja selbstverständlich an der politischen Gemeinschaft der Dreifaltigkeitserhaltung festhält, für die aber vom Zentrum und vom Freium wenigstens die formale Verbesserung der gegebenen Stimmabgabe beantragt war. Es galt nun allererst Farbe zu bekennen. Die Junker waren natürlich „grundrührig“ dagegen, was ja selbstverständlich ist. Aber die National-Liberalen — sie gedächten sich wieder „national-liberal“. Sie erklärten: „Spah! Wir sind doch selbstverständlich Anhänger der geheimen Stimmabgabe (sozusagen!), aber da man die geheime Stimmabgabe hier bei dieser Vorlage nur für die Rheinprovinz einführen kann, deshalb — stimmen wir dagegen nicht!“ Das man den Schritt im Rheinlande machen sollte, um damit auch für die andern Provinzen eine Waffe zu haben, das wollen die Herren National-Liberalen im Grunde genommen gerade verbinden — deshalb also ihr „national-liberaler“ Schwindel mit Worten. Die Öffentlichkeit weiß aber den Wahlspruch bereits zu würdigen: richtet euch nach den Lateinern, nicht nach den Worten!

Die Regierung erklärte ebenfalls, man könne nicht bei einer Probe jetzt das Recht der unbedachten Stimmabgabe ausgehen; übrigens würde die Vorlage sonst so hart bedacht, daß sie dem eblen und erhabenen „Herrenhaus“ unannehmbar sein würde. Freilich, die alte Schenke, das „Herrenhaus“. Zum Glück hat man dem Esch ebenfalls ein solches Wortchen beigestrichelt, das jedes fortschrittliche Geschlecht mit stolzer Macht bekämpfen kann. — Inso wurde denn mit 145 gegen 117 Stimmen die Einführung der geheimen Stimmabgabe bei den rheinischen Gemeindevertretungen abgelehnt. Die Junker und ihre Regierung triumphierten, was ja auch nicht anders zu erwarten war. Wer da etwa geglaubt hätte, Weismanns Regierung würde nach dem eifrigen Experiment man auch in Preußen die Wahlreform betreiben, der kennt die preußische Unternecht nicht im geringsten. Weismann hat erst im Vorjahre im Dreifaltigkeitshaus erklärt, die Demokratie werde die Sitten und die Kultur; das wird der Herr gewisslich auch in Zukunft anerkennen. Er muß erst sagen können, wodurch das gleiche Wahlrecht für Preußen ausgehoben oder abgesehen. Überdies hätte er sich noch die Mühe, die sich auf die Junker stützt.

Die Junker sind nicht faul, im Gegenteil frisch und munter. Die Preussische Presse ist in dieser Beziehung über Esch und Preußen:

Das Experiment der Heranziehung einer revolutionären Partei zur Lösung einer Verfassungsfrage, das von der Reichsversammlung der Regierung vergebens zu beschönigen versucht wird, bleibt jedenfalls außer beachtlich. Und es wird der Regierung bedürfen, die kühlen Folgen jenes Vorgehens abzuwehren. Diese Politik wird folgen gegenüber dem ersten Anknüpfen der preussischen Wahlrecht sich betätigen müssen. Die Sozialdemokratie fordert bereits von der Fraktion der fortschrittlichen Partei im Abgeordnetenhaus, daß diese eine Wahlrechtsinterpellation einbringen soll. Und die von ihr abgewiesenen Fortschrittler werden sicherlich wegen dieser Vorgehens zu widersprechen. Dann wird sich für die Regierung die beste Gelegenheit ergeben, ihre Politik bei der Aufrechterhaltung der bedachten altpreussischen Traditionen zu beweisen.

Wer zweifelt daran, daß sie das tun wird? Die Preussische Zeitung bemerkt freilich das:

Der Verfassungsrat an der Akademie. Aber wie denn? Das nicht der preussische König selbst in seiner Eigenschaft von der Reformbedürftigkeit des preussischen Wahlrechts gesprochen? Ist nicht der Ministerpräsident, gleichgültig, ob die fortschrittliche Volkspartei eine Wahlrechtsinterpellation einbringt oder nicht, moralisch verpflichtet, eine Reform des preussischen Wahlrechts anzugehen? Die Konserwatoren haben es sehr eilig gehabt, dem Reichstagler bei seiner ersten Heilungsfähigkeit zu Gemüte zu führen: Du darfst nur unter Esch sein. Ich treuer Diener beider Herren. Esch-Verdrängen wird ich versuchen, trotz kaiserlichem Dank. Aber deine Schuld wird in unfernen Tagen auf die Hälfte zusammenkrumpfen, wenn du keine preussische Wahlrechtsvorlage einbringst, trotz kaiserlichem Verprechen.“

Die Liberalen werden wohl lange genug warten können, die Herr Weismann auf ihre Reden hört, denn zu einer Wahlrechtsreform in die 10 können sich ja die Herren nicht aufschwingen. Die Moral spielt bei der Politik der Reichsherrn keine Rolle. Nur der Saal von an haken tun Bughaßniffe erörtern, das ist bekannt genug. Die Sozialdemokratie kann sich nur auf die Kraft der Waffen verlassen, nicht aber auf Versprechungen, Erklärungen, Versprechungen u. d. d. d.

Regierung. Das Weismann bei der eifrigen Verfassung als Recht zugestanden, verweigert er im selben Atemzuge für Preußen. Und drückt er wirklich eine „Reform“ heraus — wir wissen von der letzten noch genug, wie sie aussehen wird. Aber gerade weil das Volk das weiß, deshalb muß es mit aller Energie den Gedanken des gleichen Wahlrechts ausbreiten. Im preussischen Dreifaltigkeitshaus sitzt die Nacht, deshalb wird der Kampf ein so gewaltiger. Esch konnte die Regierung zugestehen, daß dort keine deutsche Wahlrecht eingeführt wird — und überdies das Abgeordneten eine neue Position gewinnend, aber in Preußen — hier muß erst noch gerungen werden.

Die Verhandlungen über die geheime Stimmabgabe bei den Gemeindevahlen für das Rheinland seien hier als eine kleine Probe aufs Exempel wiedergegeben.

Es bestimmt, daß die Stimmabgabe bei der Wahl der Gemeindevorteiler durch mündliche Erklärung zu Protokoll erfolgt. Das Zentrum beantragt, daß die Abstimmung durch Abgabe eines verdeckten Stimmzettels erfolgt; die näheren Bestimmungen soll der Oberpräsident der Rheinprovinz treffen.

Die Fortschrittliche Volkspartei beantragt die Abstimmung durch verdeckten Stimmzetteln nach Maßgabe der für die Reichstagswahl geltenden Vorschriften.

Abg. Dr. Well (Zent.) begründet den Zentrumsantrag; die National-Liberalen sollten das tote öffentliche Wahlrecht doch nicht noch durch eine Stimmperispritzung am Leben zu erhalten suchen. Bei der öffentlichen Wahl wird die Unabhängigkeit der Wähler vielfach zur Garge. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dirsch Berlin (Soz.): Meine Freunde werden für den Antrag der Volkspartei stimmen und in zweiter Linie für den Antrag des Zentrums. Wenn es mit der Einführung des geheimen Wahlrechts geht, der dort sich hier bei der eifrigen Verfassungsreform nicht mit sich selbst in Widerspruch setzen und durch seine Abstimmung dem Prinzip des geheimen Wahlrechts einen schweren Schlag versetzen. Das Zentrum hätte nur auch früher so energisch für das geheime Wahlrecht eintreten sollen, wie jetzt Herr Well. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Allerdings stehen jetzt die wichtigsten Punkte vor der Tür, und das erklärt die veränderte Haltung des Zentrums. Herr Well sagte, die Regierung müsse hier eine Ehrenschuld gegen die Rheinländer abtragen. Gewiß! Aber die Ehrenschuld der Regierung gegen das gesamte preussische Volk, denn 1849 das Wahlrecht angenommen wurde, ist nicht minder wichtig. Wenn übrigens so viele Ehrenschulden nicht bezahlt, so viele Versprechungen von höchster Stelle nicht eingelöst sind, so trägt mit die Schuld das Zentrum als ausschlaggebende Partei. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch jetzt hat das Zentrum wieder das Dreifaltigkeitshaus und die Bevorzugung der Grundbesitzer aufrecht erhalten. Das Zentrum braucht nur energisch zu wollen, dann bekommt es seinen Antrag durch; die Herren brauchen hier nur abzuwinken. Die Wahlrechtsinterpellation haben es auch in der Hand, die Wahlrechtsinterpellation einbringen und die Verhandlung zu erzwingen. Rüge das Zentrum dafür sorgen, daß man nicht außerhalb dieses Hauses sagt, dem Zentrum ist es mit seinen Anträgen gar nicht ernst. (Wahr! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Well (Zent.): Gerade bei dieser Frage hätte der Abg. Dirsch gegen das Zentrum nicht polemisieren brauchen, da wir hier doch mit ihm einig sind. Uebrigens ist es dem Zentrum zu danken, daß im vorigen Jahre zum erstenmal hier eine Wahlrecht für das geheime Wahlrecht zustande gekommen ist. (Lebhafter Widerspruch links.)

Unterhaussekretär Holz: In den 50 Jahren hat man sich für die öffentliche Wahl bei den Gemeindevahlen entschieden und ebenso im Jahre 1891. Es ist nicht anständig, die Frage für einen Teil der Monarchie jetzt anders zu regeln. Auch würde die Vorlage dadurch mit anderen Hause („Herrenhaus“) gegenüber eine so schwere Belastung erhalten, daß ihr Zustandekommen gefährdet wäre.

Abg. Dirsch Berlin (Soz.): Ob die Vorlage durch die Einführung der geheimen Wahl so belastet wird, daß das andere Haus sie ablehnt, muß man gleich abzuwinken lassen. Wir müssen hier lediglich an die Frage denken, ob die Vorlage durch den Reichstag (Sehr richtig! bei den Soz.) Lehnt dann das Herrenhaus die Vorlage ab, so müssen wir dafür sorgen, daß die Regierung dann gesonnen wird, im nächsten Jahre eine neue Vorlage zu bringen, in der dann hoffentlich die Frage für die ganze Monarchie geregelt wird. (Leb. Zust. b. d. Soz.) Der Unterhaussekretär meinte, die Frage kann bei dieser Gelegenheit nicht entschieden werden. Die Frage ist längst spruchreif und es handelt sich nur noch darum, sie in eine geleschwerliche Form zu kleiden. Der Abg. Well wendet sich über die Angriffe gegen seine Partei. Ich mußte aber den Gegenstand seiner heutigen Haltung an der Haltung des Zentrums im vorigen Jahre beleuchten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es ist auch irria, wenn der Abg. Well vom Zentrum rühmt, es habe Versuche in das geheime Wahlrecht getan. Würde das Zentrum seinen Wählern die Dinge so unterbreiten, wie sie sich hier abspielt haben, so würden die Wähler sich in Scharen vom Zentrum abwenden. (Lebhafter Zustimmung links. Lebhafter Widerspruch im Zentrum.) Nun, meine Herren, ich schlage Ihnen vor, mit ihnen gemeinsam in Vollversammlung zusammenzutreten. (Sehr gut! b. d. Soz.) Dann würde ich Ihnen noch den Vorschlag zur Güte, namentliche Abstimmung zu beantragen. Wir wollen den Antrag gern unterlegen.

Abg. Dr. Gottschall (nat.): Wir sehen auf dem Boden des geheimen Wahlrechts. Das haben wir im vorigen Jahre gezeigt, und wir wünschen das geheime Wahlrecht auch für die Kommunalwahlen. Diese Vorlage aber vertritt die Belastung mit der geheimen Wahl nicht (lebhaftes Umrufen links und im Zentrum, Zurufe), die geheime Wahl würde den Tod dieser Vorlage bedeuten und deshalb lehnen wir sie ab.

Abg. Fleischer (Zent.) (Bei der großen Umrufe schwer verständlich) polemisiert gegen die National-Liberalen und erklärt, daß das Zentrum seinen Antrag im Wortlaut mit dem der Volkspartei identifiziert.

Abg. Friedberg (nat.): Wenn das Zentrum einen Initiativantrag auf generelle Einführung der geheimen Stimmabgabe bei den Kommunalwahlen stellt, wird es uns an seiner Seite finden; aber seine taktischen Mäander machen wir nicht mit. (Wahr! b. d. Natl.) Die Debatte schließt.

Abg. Ling (Zent.) beantragt die namentliche Abstimmung. A. 5. Der Antrag auf Einführung der geheimen Wahl wird mit 145 gegen 117 Stimmen abgelehnt, für ihn stimmen Zentrum, Polen, Volkspartei und Sozialdemokraten, gegen ihn die beiden konservativen Parteien und die National-Liberalen.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 20. Juni 1911.

Verhärfung der Fahrkartensteuer.

Die Fahrkartensteuer, jene plumpe Verkehrssteuerei, die die „Finanzreform“ von 1908 brachte, hat dem Hofstaats nach seiner frohen Stunde bereitet. Nicht nur, daß die erwartete Ertragsausbeute ausbleibt, die Steuer hatte außerdem eine merkwürdige Nebenwirkung, den oberen Klassen in die untere zu verschieben. Statt die Lehte daraus zu ziehen, daß eine solche Steuer eben vom Uebel und darum aufzuheben sei, wollte man dem Uebel durch Verneuerung auch der unteren, der 4. Klasse, abhelfen. Der Berliner Reichstagler weiß zu berichten, daß diese Pläne jetzt bestimmte Gestalt angenommen haben. Nach seinen Informationen werde dem neu gewählten Reichstage als eine der ersten Vorlagen ein Gesetzentwurf wegen Abänderung der Fahrkartensteuer vorgelegt. Die jetzige Fahrkartensteuer läßt alle Fahrkarten bis zum Preise von 50 Pf. keine alle für die 4. Wagenklasse frei und erhöht für die übrigen Fahrkarten Kilometertarife mit steigenden Klassen. Die preussische Staatsbahndirektion möchte an deren Stelle prozentuale Zuschläge auf allen Fahrkartenpreisen — etwa 3/4 vom Hundert — setzen, womit man ebenfalls ungefähr auf den jetzigen Ertrag der Fahrkartensteuer von rund 20 Millionen kommen würde. Da aber hierfür sicherlich im künftigen Reichstage, wie er auch aufzunehmend sein mag, eine Mehrheit zu haben sein würde, so soll sich die „Reform“ im wesentlichen darauf beschränken, daß man die Steuern für die Fahrkarten 1. Klasse erheblich herabsetzt und den dadurch ausfallenden Verlust durch eine entsprechende Erhöhung der Steuern für die zweite und dritte Klasse, vielleicht auch durch die Einführung einer mäßigen Steuer für die 4. Klasse auszugleichen suchen wird.

Entlastung der Reichen, Belastung der Armen — es bleibt in Preußen-Deutschland beim alten Kurs!

Kapital und Revolution.

Ein interessantes Beispiel für das Selbstbewußtsein des Großkapitals ist das Verhalten der amerikanischen Börse während des mexikanischen Aufstandes. Die Kapitalisten der Vereinigten Staaten haben in Mexiko etwa 800 Millionen Dollar investiert; dennoch blieben sie vollständig ruhig während des Aufstandes, weil sie sicher waren, daß der Sieg der mexikanischen Revolution noch keineswegs die Befreiung Mexikos von der Herrschaft des Kapitals bedeutete. Der New Yorker Korrespondent der Frankf. Ztg. merkt, daß die mexikanischen Kapitere zu keiner Zeit während der Insurrektion mehr als ein paarmal Regentamt hatten.

Im Gegensatz zu dieser gütlichen Haltung des Kapitals stehen die kriegerischen Vorbereitungen der amerikanischen Regierung, die auf Kosten des Volkes das amerikanische Kapital in Mexiko angeblich schützen wollte. Die Regierung hat mobilisiert gegen einen Feind, der niemanden bedroht hat. Und was die ganze Geschichte prägnanter macht, ist die Realität, daß hinter den Insurgenten der bekannte Standard Oil Trust stand, der die Revolution mit Geld unterstützte. Vergegenwärtige man sich nur das Bild: Der Kampf gegen den Angehörigen mexikanischen in Mexiko, der mit Unterstützung aus eigener Tasche geführt; die Worte tummeln sich um all diese Vorgänge sehr wenig; allein die Regierung mobilisiert, um ... angeblich den bedrohten, von ihr selbst unterstützten Trusts zur Hilfe zu kommen. Kann man noch behaupten, daß die von der amerikanischen Regierung heraufbeschworene Kriegsgefahr wirklich im Interesse des in Mexiko investierten amerikanischen Kapitals war? Oder war es viel eher ein gewöhnliches Abenteuer einer Gattung, die an die Mobilisierung Hoffnungen auf neue Geschäfte knüpft, indem wieder der Art knüpft? Gegen solche Abenteuer ist das einzige Mittel — die Demoralisierung des auswanderigen Volkes. Ihre Last aufhebend, die Mobilisierung ohne Zustimmung des Kongresses zu bezwecken, so

Schiffen liegen. Der verantwortliche Redakteur des Bochumer Volksblattes wurde deshalb am Montag von der Bochumer Straßammer zu 120 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 100 Mark beantragt, obwohl er selbst Solas als einen bedeutenden Schriftsteller anerkennt. Auch der Vorsitzende sprach sich in diesem Sinne an. Die Oeffentlichkeit war während der Verhandlung wegen Befähigung der Zeitschrift "ausgeschlossen", nur die Vertreter der Presse wurden zugelassen. Im Anknüpf an diese Sache wurde der Angeklagte noch zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er feigezeitlich die ihm gerichteten Mitteilungen des Staatsanwalts, daß gegen ihn wegen des Abdrucks des Romans eine Anzeige eingegangen sei, im Volksblatt veröffentlicht hatte. In dieser Veröffentlichung wurde ein Reschreiben gegen den § 17 der Strafprozeßordnung erteilt. Natürlich wird gegen beide Urteile Revision eingelegt werden.

Das Opfer einer Fälschung
Vor der Vollstreckung in Zittau geworden. In die Aktion war eine Volkshilfe mit der Unterstützung eines Fabrikdirektors gerichtet worden, auf der die Fälschung und die Arbeiterbewegung beruht wurden. Durch die Veröffentlichung der Karte, die sich dann als eine Fälschung erwies, führte die der Direktor befehligt. Das Schöffengericht in Zittau verurteilte den Genossen Schmetzer als Verantwortlichen zu 75 Mark Geldstrafe.

Die Konferenz der Kallarbeiter.

Hildesheim, den 18. Juli 1911.
Unter zahlreicher Beteiligung aus allen Kallarbeiter-Verbandsmitgliedern, mit Ausnahme von Hildesheimern, fand am Sonntag im Gewerkschaftshaus in Hildesheim die zweite vom Arbeitgeberverband einberufene Konferenz der in der Kallindustrie beschäftigten Arbeiter statt. Am ganzen waren 66 Delegierte anwesend. Zunächst hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Hue ein großartigliches Referat über das neue Kaligeseß und seine Wirkung auf die Arbeiter. Einleitend wies der Redner auf die Monopolstellung der heutigen Kallindustrie hin, die sich deshalb außerordentlich entwickelt. Der großartigen äußeren Entwicklung entsprechend aber nicht die innere Entwicklung. Die Substitutionsfrage seit dem Ende der 80er Jahre habe kein besseres Resultat ergeben; auch unter der Herrschaft des Substituts trant die Kallindustrie an der übermächtigen Bindung neuer Schäge. Vom Jahre 1880 bis zum Mai 1910 ist die Zahl der Kallindustriellen von 8 auf 55 gestiegen. Der Absatzwert, bemessen auf den letzten Schacht, betrug im Jahre 1880 84 Millionen Mark, im Jahre 1909 aber nur noch 1,0 Millionen Mark; der Absatz sank also trotz der gesteigerten Ergiebigkeit der Werke, die nur 25 bis 30 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit ausnutzen konnten. Kräftig ging die Substitutionsfrage weiter, gehörten aber bereits 1909 28 Werke dem Substitut an, 20 waren im Bau und an 212 Stellen beschäftigte man neue Schächte zu gründen. Als dann im Juni 1909 der Substitutionsvertrag abließ, machten namhafte Werke nicht mehr mit und schloßen mit den amerikanischen Trusts Lieferungsverträge, wonach drei Viertel des amerikanischen Bedarfs von diesen Werken gedeckt werden sollten. Dadurch gerieten die anderen Werke, darunter die hiesigen, in Schwierigkeiten, denn der beste Markt ging ihnen damit verloren.

Jetzt kam das Kaligeseß, das eine gesetzliche Kontrolle der Kallindustrie brachte. Das Geseß ist seinen Inhalte nach eine Substitutionsfrage des alten Substituts. Ferner ist eine Preisnormierung für das Ausland vorgenommen worden, die zunächst bis zum 31. Dezember 1918 gilt, dann aber alle fünf Jahre revidiert werden soll unter Mitwirkung des Reichstages. Im Kaligeseß wurden auch auf neue Forderung hin für das Ausland Höchstpreise festgesetzt. Um der Ueberproduktion einigermaßen entgegenzuarbeiten wird weiter bestimmt, daß neue Werke nur erst nach sechs Jahren die volle Absatzquote bekommen.

Bei dieser Art des Verlusts in die Industrie regelnd eingegriffen, indem man den Absatz regelt, ist das letzte Spiel der Kraft außer Geltung gebracht. Die Allgemeinheit kontrolliert durch die Staatsregierung und Gesetzgebung die Industrie. Das ist ein prinzipiell wichtiges Zugeständnis an die sozialistische Wirtschaftstheorie.

Zusammenfassend führte Genosse Hue aus, daß das Geseß die Gründerwirtschaft, das Hebel der Kallindustrie, nicht verhindert hat; die Krise in dieser Industrie rührt deshalb an. Die Ursache dieser Erscheinung ist in der außerordentlich hohen Veranlagung des in der Kallindustrie angelegten Kapitals zu finden; sind doch Renten von 40 bis 60 Prozent die Regel. Und je höher die Rente in der Kallindustrie, desto mehr Kapital fließt ihr zu.

Dann wandte sich der Redner der Schilderung der Arbeiterverhältnisse zu; es war ein düsteres Bild der Not und des Elends, das der Redner entwarf. Die Arbeiter müssen sich die schädliche Behandlung gefallen lassen. Auch die Löhne sind außerordentlich niedrig und stehen in keinem Verhältnis zu den Risikenprozenten der Unternehmer.

In 19 Jahren sei der Durchschnittslohn der Kallarbeiter nur um ganze 53 Pfennige gestiegen; in einigen Bezirken, so z. B. in den Oberbergamtsbezirken Halle und Clausthal, sei der Lohn sogar in den letzten Jahren gefallen. Es sei ein Schandtal, daß in dieser Industrie Löhne unter drei Mark geschätzt würden.

Die Arbeitsezeit betrage unter Tage pro Schicht 9 1/2 Stunden, über Tage dagegen 12 Stunden. Ein Arbeitslohn habe das Heberkosten umfassen. Es seien ihm Fälle mitgeteilt worden, wo Arbeiter bis zu 40 Schichten im Monat verfahren hätten. Auch die übrigen Arbeitsverhältnisse ließen viel zu wünschen übrig. Das Gedränge werde in der Regel selbstherrlich von den Verwaltungen festgesetzt.

Der Redner erörterte dann die Bedeutung des Geseßes für die Arbeiter. Es müsse festgestellt werden, daß der Entwurf der Regierung eine wichtige Bestimmung zum Schutze der Arbeiter enthalten habe. Einige die sozialdemokratischen Vertreter hätten solche Anträge zum Schutze der Arbeiter gestellt. Zwar habe auch das Zentrum einen Antrag eingebracht, der die Gewinnbeteiligung der Kallarbeiter forderte; aber bei der Abstimmung über diesen Antrag stimmten so viel Zentrumleute gegen ihren Antrag, daß er zu Fall kam.

Ein bedeutender Vorteil sei in dem Geseß hineingebracht worden durch den von den Sozialdemokraten beantragten

§ 19, der den Arbeitern und Beamten, falls ein Kaliversteigerer seinen Absatz auf andere Werke überträgt, den entsprechenden Einnahmestückfall bis zur Dauer von 20 Wochen erstreckt. Auch andere Verbesserungsanträge, die den Schutz der Arbeiter bezweckten, seien von den bürgerlichen Vertretern abgelehnt worden, abgesehen davon, daß die sozialdemokratische Partei das Geseß gestimmt, weil es wenigstens keine Verschlechterung brachte. Inbessenen, die notwendige Verurteilung habe das Geseß immer noch nicht gebracht, und die Arbeiter forderten daher eine entsprechende Umgestaltung.

Nach eingehender Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 18. Juni in Hildesheim tagende zweite Delegiertenkonferenz der hiesigen Kallarbeiter erklärt: Eine gesetzliche Regelung der Kallindustrie-Verhältnisse ist mit Rücksicht auf die zutage tretende Gründerwirtschaft durchaus geboten. Das Reichsgeseß über den Absatz von Kalljäten vom 25. Mai 1910 erfüllt leider den angegebenen Zweck, den Ausbau an den außerordentlichen wertvollen nationalen Schatz von Kalljäten zu verhindern, nur in sehr unzulänglicher Weise. Die Gesetzgebung muß daher so schnell wie möglich der beispiellos unwirtschaftlichen Ueberproduktion von Förderanlagen einen erheblichen Rückhalt verschaffen, währenddessen die Sache fragend, daß die Lösung unter nationalen Bodenbedürfnissen in erster Linie zum allgemeinen Nutzen, nicht zu privatkapitalistischen Spekulationen geschieht. Die auf die Arbeiterverhältnisse Bezug nehmenden Bestimmungen des Geseßes vom 25. Mai 1910 haben sich in der Praxis als durchaus unzulänglich erwiesen. Bei aller Anerkennung des guten Willens des Gesetzgebers muß doch festgestellt werden, daß die unbestimmte Fälligkeit der betreffenden Paragraphen Umgehungen ermöglicht, soweit nicht ihre direkte Überwachung zu Instanzen ist. Sowohl der materielle Lage der Kallarbeiter als auch hinsichtlich der Achtung ihrer staatsbürgerlichen Rechte seitens der Werkverwaltungen ist nicht die Wendung zur Besserung eingetreten, die bei der Schaffung des Reichstagesgeseßes erwartet wurde und auf die die Arbeiterhaftigkeit mit Rücksicht auf den Wert ihrer Leistungen berechtigten Anspruch hat.

Die Konferenz fordert daher die Reichsregierung auf, bei der Materialanlieferung für die vom Reichstag beschlossene Deckung über die Verhältnisse in der Kallindustrie auch von der Arbeiterhaftigkeit der Unternehmer abgesehen, die Lösung unter nationalen Bodenbedürfnissen in erster Linie zum allgemeinen Nutzen, nicht zu privatkapitalistischen Spekulationen geschieht. Die auf die Arbeiterverhältnisse Bezug nehmenden Bestimmungen des Geseßes vom 25. Mai 1910 zu verbessern. Mindestens erwartet die Konferenz die gesetzliche Vorkehrung des Preisfestsetzens für alle Bundesstaaten und die gesetzliche Begrenzung der Schichtzeit auf höchstens acht Stunden, vor Arbeitsorten mit mehr als 28 Grad Wärme auf höchstens sechs Stunden.

An die Arbeiter in der Kallindustrie richtet die Konferenz die kameradschaftliche Aufforderung, dem Beispiel der Werkbesitzer zu folgen und sich insofern zu organisieren. Ein der Wirtschaftsmittel der Arbeiter zu entnehmen und ihr Gutachten bei der bringend notwendigen Revision des Geseßes vom 25. Mai 1910 zu vertreten. Mindestens erwartet die Konferenz die gesetzliche Vorkehrung des Preisfestsetzens für alle Bundesstaaten und die gesetzliche Begrenzung der Schichtzeit auf höchstens acht Stunden, vor Arbeitsorten mit mehr als 28 Grad Wärme auf höchstens sechs Stunden.

An die Arbeiter in der Kallindustrie richtet die Konferenz die kameradschaftliche Aufforderung, dem Beispiel der Werkbesitzer zu folgen und sich insofern zu organisieren. Ein der Wirtschaftsmittel der Arbeiter zu entnehmen und ihr Gutachten bei der bringend notwendigen Revision des Geseßes vom 25. Mai 1910 zu vertreten. Mindestens erwartet die Konferenz die gesetzliche Vorkehrung des Preisfestsetzens für alle Bundesstaaten und die gesetzliche Begrenzung der Schichtzeit auf höchstens acht Stunden, vor Arbeitsorten mit mehr als 28 Grad Wärme auf höchstens sechs Stunden.

Gewerkschaftliches.

Am Konflikt der Berliner Buchdruckmaschinenmeister.

Eine große Versammlung des Bruderpersonals der drei Firmen Schertl, Hoffe und Wilscham fand am Sonntag mittag in der Neuen Welt statt. Der Gauvorsitzende Maschinist besprach in längeren Ausführungen die Situation; er beantragte, daß die auswärtigen Maschinenmeister die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Nach lebhafter Debatte wurde der Beschluß gefaßt, daß am Montag früh eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission der Maschinenmeister mit dem Firma Schertl wegen Wiedereröffnung der Maschinenmeister verhandeln soll. Die Buchdruckereiarbeiter ernteten ebenfalls eine dreigliedrige Kommission zu den Verhandlungen. Am Mittwoch werden sich die Buchdrucker in einer Mitarbeiterversammlung mit dem Stand der Angelegenheit beschäftigen.

Der Verein deutscher Zeitungsvorleger sprach sich am Sonntag in einer Vorstandssitzung lebend über die Solidarität der Berliner Zeitungsvorleger aus. In einer gefaßten Resolution heißt es zum Schluß: "Der Verein deutscher Zeitungsvorleger erwartet von der Leitung der Gewerkschaften, daß sie dafür Sorge zu leisten, daß die eintreffenden Ausschüßkräfte ihre Arbeit ausüben können." (1)

Eine am Montag früh in Berlin zusammengetretene Gausleiterkonferenz des Buchdruckereiarbeiterverbandes beschloß ebenfalls mit dem Konflikt und legte ihre Meinung in folgender Resolution nieder:

"Die am 19. Juni 1911 tagende Konferenz der Gausleiter des Verbandes der Buch- und Steindruckereiarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands verurteilt auf das entschiedenste das unbillige Verhalten der Hilfsarbeiter in dem zuletzt bestehenden Zeitungsstreik, welches die Vertrags- und Tarif-sicherheit unter Verstoß in Frage stellt."

Die Konferenz verurteilt dieses beispiellos unbillige Verhalten um so mehr, als die Buchdruckereiarbeiter gar nicht gewünscht hat, daß unter Vollständigkeit in dieser Angelegenheit, die reine Buchdruckereiarbeiter, sich solidarisch erklären.

Die Konferenz fordert auf neue und mit allem Ernst, daß bei allen strittigen Vertrags- und Tarifangelegenheiten einzeln und allein dem begründeten Entschluß der in Betracht kommenden Tarifinstanzen und des Verbandesvorstandes Folge zu leisten ist, widrigenfalls die Jünderhandlungen ihres Unterfangungs- und Mitgliederrechtes verlustig gehen."

Beilegung der Differenzen.

Nach Meldung eines bürgerlichen Depeschbüros hat der Konflikt am Montag seine Erregung gefunden. Der Ausschüß der Gewerkschaft ist an die Vermählung des Berliner Lotosalenarbeiters mit dem Ertrinken heranzutreten, die Arbeit dann wieder aufzunehmen, wenn alle auswärtigen und auch die beiden entlassenen Maschinenmeister wieder eingestellt werden. Infolge dieses Erfindens brief der Lotosalenarbeiter vereinigen Firmen zusammen und beschloß mit ihnen, daß über die letzteren zwei Maschinenmeister gar nicht geredet wer-

den solle. Weiter wurde beschlossen, nun den auswärtigen Maschinenmeister die Bedingungen des Lotosalenarbeiters zu verlangen, wogegen sich der Verlag bereit erklärte, 80 vom der Maschinenmeister wieder einzustellen. Während 5 Uhr fand eine gemeinsame Sitzung mit den Vertretern des Gewerkschafts statt. Die Vertreter der Arbeiter erklärten, daß die sieben Maschinenmeister, die von den 87 nicht wieder eingestellt werden sollten, freiwillig zum Austritt werden sollten. Einer der anwesenden Maschinenmeister, der das Flugblatt gegen die Firma Schertl veröffentlicht hat, erklärte daraufhin, daß er freiwillig austritte. Weniglich der anderen ließ man man überein, daß drei Gewerkschaften freiwillig austritten könnten, die anderen drei aber vom Verlage bezeichnet werden sollten. Von der Forderung, daß die tarifmäßigen Gehältern eine Summe von 10000 Mark zahlen sollten, ließ der Verlag auf Willen des Zentralverbandes der Gewerkschaften ab, welcher erklärte, daß er die Zahlung für die tarifmäßige Verstrafung der 87 auswärtigen Maschinenmeister gegenüber dem Verlage übernehme.

Melungen über Gewerkschaftskämpfe.

Eine Ausschreibung droht der Leipziger Metallindustrie. In den Leipziger Metallgewerkschaften die Arbeiter ausständig Der Stand des Geseßes ist sehr günstig, 14 Betriebe haben bereits den Tarif anerkannt. Der Leipziger Metallindustriellenverband hat beschlossen, zur Unterstützung der bedrängten Gewerkschaften nach 14 Tagen 80 Prozent und nach weiteren 14 Tagen abermals 80 Prozent der Metallarbeiter zum Ausstreiken. Die Ausschreibung soll weiter fortgesetzt werden, bis der Streik der Gewerkschaften durch die Unternehmer abgewendet ist.

Das Reaktionsrecht der Bergarbeiter will die Leitung des Kaiserbergs Ginnbergwerk in Göttingen bei Franzensbrunn in Thüringen vernichten. Das Werk beschäftigt in seinen gesamten Anlagen etwa 330 Arbeiter. Der größte Teil dieser Arbeiter hat sich im Bergarbeiterverband organisiert. Besondere Fortschritte machte der Verband in den letzten Monaten. Das war der Verwaltung nicht recht, und es wurden deshalb in letzter Zeit wiederholt Arbeiter gekündigt, die sich bei der Situation hervorhoben. Am 16. Juni wurde ein Bergarbeitervermittlung, die sich mit den Entlassenen beschäftigte, teilgenommen hatten, gekündigt. Die Gefährdeten bestellten am Sonntag erneut eine Vermählung ab und beschloßen, der Organisation treu zu bleiben und die Bergbehörde zur Vermittlung anzunehmen.

Da die Verleistung schon damit droht, fremde Arbeiter heranzuziehen, so ist auf den Erhalt des Berges zu besondern zu achten. Einzelne Anfragen sind am August Waller in Worbhausen, Straße Nr. 14a, zu richten.

Aufgehobenes Boykotturteil.

Der Zweigverein Berlin des Verbandes der Freizeugmaschinenbauers wird sich gegen Tarifbruch der mit ihm im Vertragsverhältnis stehenden Geschäftsinhaber durch Veranlagung der Betriebsziffer für seine Mitglieder. In Worbhausen werden diese Sperren unter der Aufsicht "Abholung, Freizeugmaschinen" der Mitglieder gekündigt, bekannt gegeben. Als Antwort wurde in dieser Weise im Juni, Oktober und November 1909 auch das Geschäft eines Herrn Steinhilber, zuletzt in Charlottenburg, veröffentlicht. Dies beanlagte den Herrn gegen den Zweigverein Klage auf Zahlung von 500 Mk. Schadenersatz wegen Boykottschädigung zu erheben. Der Zweigverein wurde durch Urteil der sechsten Zivilkammer des Landgerichts I Berlin dem Grunde nach verurteilt. Zur Begründung des Urteils wurde gesagt:

Der Klage habe durch die Sperren in einer gegen die wahren Sitten verstoßenden Weise dem Kläger vorläufig Schaden zugefügt. Der enge Zusammenhang der organisierten Arbeiterkraft und deren allgemein bekannte Tätigkeit gegenüber den Anweisungen im Parteiprogramm ließen nicht den geringsten Zweifel darüber bestehen, daß die Veranlagung und der dadurch herbeigeführte Verlust die wirtschaftliche Existenz des Klägers völlig zu vernichten geeignet sei. Der Klage sei aber auch, wenn man bösliche Absicht als nicht vorliegend erachte, ersatzpflichtig. Die Folgen der Veranlagung, die eine Aufforderung zum Boykott enthalte, mußte der Klage voraussehen. Eine derartige Aufforderung sei eine rechtswidrige und verpöndliche zum Geseß verstoßend.

Das Kammergericht, 9. Zivilsenat, hat das landgerichtliche Urteil am 16. Juni abgeändert und die Klage abgewiesen.

Allerlei.

Der deutsche Rundflug.

Die Klasse Hamburg-Niel des deutschen Rundfluges wurde Montag nach Hamburg abgeholt, der 7.30 Uhr abends mit Bahngüter-Lokomotive nach Hamburg abfuhr und 8.45 Uhr auf dem Rielers Sportplatz glatt landete. Der Flieger Lang, der 7.45 Uhr in Hamburg mit Bahngüter Lokomotive landete, wurde durch die Besatzung in der Luft abgeholt. Die Besatzung wurde von den Besatzungsdirektoren abgeholt. Dabei beschloß er das Bahngüter seines Eindecks.

Unwetter.

Bei einem stürmischen und Hagelschlag niederschlagendem Gewitter fuhr der Wind in das Anwesen des Bürgermeisters Ledner in Nößberg in Oberbarnim, 175 das Dach zum Teil zusammen und fuhr dann durch die Küche ins Wohnzimmer, wo der Bürgermeister mit seinem Sohn und Schwagerohn von der Hagel getroffen wurde. Zwei der Männer wurden an den Weinen verletzt, beim dritten fing die Kleidung Feuer, so daß der Mann schwere Brandwunden erlitt.

An der Umgebung Wiens richtete fortgesetzt schwere Gewitter große Verheerungen an. In der Nähe von Wien wurde durch Hagelschlag in Wien abgeholt. Die Samen, die Kulturpflanzen, sowie die Weinberge haben stark gelitten.

Bregenz, 20. Juni. Der Wettersturz in den Bergen hält noch an. Am Schrodenpass liegt viel Neuschnee. Eine Frau wurde ertrunken aufgefunden.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinarbeiten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Revue und Vermischtes Karl Bod. Solales, Provinziales und Vermischtes Wilhelm Koenen, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Beste 2 1/2%
Eigarrerte!

Was das Salz für die Erde das sind

Dasmatzi DUBEC Für den Raucher

verheißenen Einkauf, durch pünktliches Besahlen geleisteter Sachen eine unnütze Verdacht zu vermeiden, ein fruchtbares Darben der Menschen zu verhindern, die für ihn gearbeitet haben, die in einer heißen heißen Stunden keinen Schaden für sich haben, sondern nur schrauben müssen, weil schadenlos Menschen in die Sommerfrische reisen, ohne ihre Schuld zu bezahlen! — Aber unsere Bänke gehen noch weiter! Auch in der Heiligkeit, auch in der Sommerfrische in Wäldern und Sträpflaten verfolge man seine Nebenmenschen nicht. Auch an diesen Bänken wohnen und arbeiten Menschen, die ein Nützlichkeitsbedürfnis haben. Auch in Wäldern sollte man nicht nach 8 Uhr abends einkaufen, auch wenn die Bänke bis 10 und 11 Uhr geöffnet sind. Man hat ja den ganzen Tag nichts anderes zu tun! Man sollte es sich auch in der Heiligkeit zur Pflicht machen, die Sonntagsruhe einzuhalten. Es ist eine kleine nicht vernünftige Pflicht für jeden Einzelnen und kann — nicht bedauerlich — zur Plage von vielen Tausenden werden. Darum mache sich jeder unser Motto zu eigen und handle danach, gleichviel ob er in der Heimat oder in der Fremde ist: Wer lebt muß tun, wer kauft hat Pflicht und Pflicht verpflichtet!

Diese Bänke sind nicht gewiß recht gut. Nur wird leider das bürgerliche Publikum in seiner gefahrenlosen Nachlässigkeit nicht befohlen. Und deshalb muß man der Konsumgenossenschaftlichen Mundschau recht geben, die über Käuferbund und Käufermoral in ihrer letzten Nummer schrieb: „Angeregt durch die amerikanischen Konsumvereine, die eine Warenherstellung und Warenvertrieb unter Beobachtung der eigenen hygienischen Vorschriften zu ermöglichen und zu erleichtern, hat der Arbeiterbund in Berlin ein Ziel vor sich, welches die beste Propaganda entfaltet, bei sich auch in Deutschland vor drei Jahren ein „Käuferbund“ gebildet, der jetzt etwa 50000 Mitglieder zählen soll und dessen Leiterin Frau v. Weismann Holweg ist. Dieser Bund verfolgt den Zweck, beim laienhaften Publikum das Gefühl für die Bedingungen zu wecken, unter denen die Handelsgeschäfte und Arbeiter arbeiten, und für die Arbeitergeheimnisse einzuwirken, um Verbesserungen im Arbeitsverhältnisse der Handelsgeschäfte und Arbeiter zu erzielen.“ Der Bund geht von der Ansicht aus, daß „besonders die Frauen, die als Konsumentinnen eine solche große Macht bilden, mit ein wenig Aufklärung die einflussreichste Wirkung auf dem Gebiete der Konsummoral herbeiführen können.“ Das tritt unmittelbar ein. Leider haben die praktischen Erfolge dieses Bundes bisher nicht gezeigt, doch es ergäben sich interessante Einblicke, würden wir vernachlässigen. Das ist den genossenschaftlichen Konsumorganisationen in weit höherem Maße gelungen. Auf dem Gebiete der Sonntagsruhe und des anderen Lebensstils, der angemessenen Entlohnung und vielen anderen mehr sind sie bahnbrechend und vorbildlich vorgegangen schon zu einer Zeit, als die Bewegung sich noch nicht zu einem festen Einfluß entfalten konnte. In ihrer Eigenverwaltung werden alle denkbaren hygienischen Vorkehrungen angeordnet. Und durch die Abmahnungen zwischen Zentralverband der Konsumvereine und Generalkommission der Gewerkschaften bezüglich der Feins- und Zuckerarbeiten sind sie bewiesen, daß auch auf diesem Gebiete die Genossenschaften den Arbeitern ein unmittelbares Konsummoralen Geltung verschaffen und es nicht beim guten Willen bewenden lassen. Sie haben all das praktische Verständnis, was die unter dem Vorhange von Frau v. Weismann Holweg vereinigte Käuferbänder erziehen, verdienen also rühmlichste Förderung aller derer, denen es um die Hebung der Konsummoralen geht. Hoffentlich verzieht der preussische Ministerpräsident v. Weismann Holweg das nicht, wenn mittelständliche Selbsthilfe von der Regierung Beschäftigungen der Konsumvereine verlangt. Denn jede Schädigung der Konsumvereine hindert die Hebung der Konsummoralen, die Frau v. Weismann Holweg mit Recht als erstrebenswert ansieht, gar sehr.“

Der Kampf mit der Polizei vor dem Oberverwaltungsgericht.
Am Freitag fand vor dem Oberverwaltungsgericht in Charlottenburg der Prozeß des Verwaltungskonflikts des Deutschen Metallarbeiterverbandes (D.M.A.V.) gegen die Polizei statt. Bekanntlich hatte die Polizeiverwaltung zu Halle a. S. zwei Mitglieder-Verammlungen der genannten Organisation am 3. und 5. Oktober vorigen Jahres überwachen lassen. Die Verammlungen sollten sich mit der von dem Metallarbeiterverband damals angebotenen Auspumperung von 400 000 Metallarbeitern beschäftigen und Beschlüsse fassen, um diesen gegen die Organisation zu führenden Schlag zu parieren. Die gegen die Überwachungsmaßnahmen eingehende Beschwerde wurde auch vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen als unzulässig zurückgewiesen, so daß die häufige Verammlungen des Metallarbeiterverbandes zu dem Zwecke der Klage beim Oberverwaltungsgericht anhängig zu machen. Die Verammlungen hatte der Reichspräsident v. Weismann Holweg in Berlin übernommen. Nach mehrwöchiger Verhandlung und Beratung kam das Gericht zur Vertagung des Prozesses, um weitere Beweiserhebungen vorzunehmen. Wir werden später ausführlich über diesen Prozeß berichten.

Das Erklärungsamt im Volkspark am Mittwoch abend. Am 21. Juni, wird vom Volkspark Erklärungsamt in Halle angehalten. Das hiesig zusammengestellte Programm bringt leider, gefällige Mühen und enthält neben der Divergenz zur Ober Der Fall von der Divergenz von Halle aus ein einziges Straßengebiet. Dem Besonderen des Konzerts — hoffentlich ist es hier recht viel — liegt also in jeder Beziehung ein angenehmer Abend bevor. — Bei ungenügendem Wetter findet das Konzert im Saale statt.

Ein Identifizier-Anläufer als Angestellter. Unter dieser Schwärze macht ein Notiz die Kunde durch die Presse, wonach ein Antiquar, der jehon Majoratsherr v. Gando, sich des Vertriebes und der Unterdrückung schuldig gemacht haben soll. Es handelt sich um eine Gerichtsverhandlung gegen ein Kaffeehaus wegen Antiquarier. Die Verhandlung wurde verlegt, um Ermittlungen anzustellen. In der erneuten Verhandlung am 17. Juni vor dem Stölpfer-Stammgericht stellte sich heraus, daß es sich um halloste Vorwürfe handelt. Gando hatte sich vor dem Gericht in Halle keine Beweise beibringen können, da er sich für die Regeln von Zählern eines Referendars sich Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen lassen.

Hundejagd und Hundehändler. Das unsere Polizei und alles, was mit ihr in Verbindung steht, ist die größte Anerkennung der bürgerlichen Preise finden muß, ist selbstverständlich. Das man jetzt aber in Halle so weit gekommen ist, „Polizeijäger“ wie Menschen in der Welt ein solches kann dem Verzeihlich ist. Die bürgerlichen Herren in Halle, die sich nach den Menschen, Söhne, Brüder, Töchter usw. Das scheint jetzt, nachdem der Hund in den Dienst der Polizei getreten ist, anders werden zu sollen. Man lese folgende Notiz, die getrieben durch die hiesige bürgerliche Presse ging:

Halle'sche Polizeibünde.
Dem erst 13 Monate alten Polizeibund „Sappel“ der hiesigen Polizeiverwaltung, einem Sohn der bekannten „Gretel“, welcher erst vor einigen Wochen hier bei der Polizeiprüfung mit dem Prädikat „vorzüglich“ und mit dem 1. Preise prämiert worden ist, ist bei der Sonntag in Altenburg stattgefundenen Polizeiprüfung wiederum das Prädikat „vorzüglich“, der Preis, ein silbernes Medaillon, 40 Mk. bar und ein silberner Pokal zugesprochen worden.

Händler des Bundes war der erfolgreiche Polizeibundführer Polizeimeister Reichert. Zur Prüfung waren nur 12 der erfolgreichsten Hunde Deutschlands zugelassen. Damit hat „Sappel“ den berühmten Berliner Kriminalhund „Loffo“, welcher mit dem zweiten Preise bedacht worden ist, zum zweiten Male geschlagen. — Drei Brüder des Sappel stehen zum Verkauf.
Der Hundesohn Sappel mit der silbernen Staatsmedaille und mit dem silbernen Pokal steht zum Verkauf. Der Hund ist ein Weibchen, früher bezeichnete man mich als Hundchen — damals gab es allerdings noch keine Polizeibünde — fürwahr eine „Loffo“, „Löffel“ u. c. Solche Bezeichnung konnte ich unter Umständen als Hundehändler angelehnt werden. Vielleicht nimmt man daran bei der Festsetzung des Preises Rücksicht, wenn die Beschäftigung der Polizeibünde so weitgehend, wie man wohl schließlich dahin kommen, die Tiere in den Wäldern zu erheben. Und dann — Pokal, wohl bedacht, 3. Jahr blühendsten Jahren; einen silbernen Pokal hat unter Sappel ja schon.

Herrschern wurde am Montag abend in der Mansfelderstraße das Kind des Schneidermeisters Döttger von einem Eisenwagen des sächsischen Schloßhofs. Der behauerte Knabe wurde an der Brust und im Gesicht schwer verletzt. Den Knaben soll an dem Unglück seine Schuld treffen, das das Kind beim Spielen aus Unachtsamkeit unter das Gefährt gelangt sei. — Eine Warnung mehr an die Eltern, ihre Kinder nicht unbeaufsichtigt den Gefahren der Straße auszuliefern.

Was der besten oder besten. Der Polizeibeiwerk meldet: In der Nacht zum Sonntag gegen 3 Uhr sprang ein bei mooskoffer Arbeiter in der Nähe des sächsischen Schloßhofs ein. Die Polizei ergriff ihn in der Saale. Er wurde jedoch durch die Polizeigenossen Witz und Bömer herausgeholt und zur Wache des 8. Polizeireviere gebracht. Als Grund gab er längere Arbeitslosigkeit an. Was sagen die Herrn dazu, die immer behaupten, wer arbeiten will, kann arbeiten? Und wo steht die gefällige Komposition?

Verarmung vor einem Transaktionsmittel. Der deutsche Konflikt in Chicago hat neuerdings auch die Firma Konflikt's Cooperative Association in Chicago vertrieben. Die Transaktionsmittel „Alcola“ aufmerksam gemacht. Die zur Heilung der Transaktionsmittel empfohlenen „Alcola“ werden in deutschen Zeitungen dem Publikum in aufsehenerregender Weise angeboten. Ein Teil der „Alcola“ bezieht sich nach der Analyse des Professors Axel Th. Wörner in Stockholm aus Zinkoxyd; nach einer Warnung des Städtischen Kommissionsrats vom 17. Oktober 1911 enthält „Alcola“ neben anderen Stoffen auch Strichnium. Der für das Transaktionsmittel geforderte Preis von 20 Mark ist übertrieben hoch. Der „Alcolaverkäufer“ erregt den Verdacht, daß er ein Teil der „Alcola“ in der letzten Woche vor dem Verkauf und dem Gebrauch der „Alcola“ veräußert.

Walpurgis-Theater. Winters-Dramas beliebte Herren-Gesellschaft bringt ab Donnerstag wieder einen neuen Spielplan; wer den letzten noch sehen will, muß sich beeilen. Das Theater ist abendlich besetzt.

Ammonder. Der „Steinmetzmeister“ Springer in Ammonder, Böhmischelehrer 18, läßt ein Gemütskranke zu sein, den nicht einmal die Steinleger-Auspumperung um seinen — Gehaltsummer bringen konnte. Dem mehr Gehaltsummer — „Alcola“ ist es doch wohl, wenn er das Wohlstand auf einer Polizeifahrt mit folgenden Worten: „Alcola“ ist ein sehr wertvolles Mittel und fünf Stellen (Verbandsstreifen!) für dauernde Arbeit.
W. Springer, Steinmetzmeister.
Wenn es mit den Steinlegern, die Herr Springer und seine „verbandsfreien“ Geleiten liefern, auch nicht besser bestellt ist, wie mit der Dringbarkeit dieses unglücklichen Mannes, dann wird die Dade wohl auch jenen, die die Sache der sofort einen Unterkommen lassen. Bei der Werkvermittlung, die die wachen ihm und den „Verbandsstreifen“ heute schon besetzt, kann das ja vom Herrn „Steinmetzmeister“ Springer durchaus nicht schwer fallen.

Radewitz-Tabak. Radewitz-Tabak, der Regierungspräsident hat jetzt auf Antrag von mehr als drei Dutzend der wichtigsten Geschäftsinhaber und nach Anhörung der Gemeinderäte beschließen angeordnet, daß vom 25. d. Mts. ab alle offenen Verkaufsstellen in den unmittelbaren umliegenden Landgemeinden Radewitz, Cienowitz und Burg an den Werten mit Ausnahme der Sonnabende um 8 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geschlossen werden müssen.

Aus den Nachbarkreisen.

Zum Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Wer als Fremder das Streikgebiet betritt und dort etwas Unruhig hält, dem wird auffallen, daß an zahlreichen Wegen, die bis zum Ausbruch des Streiks angedeutet von Fußgängern benutzt werden konnten, neue Warnungsaufstellungen mit der Aufschrift: „Wachsamkeit!“, und die Aufschrift: „Wachsamkeit!“, und die Aufschrift: „Wachsamkeit!“ stehen. An diesen Warnungsaufstellungen, wie wir die Sache bezichtigen wollen, sind Gutsbesitzer, Eisenbahn- und Grundbesitzerbetriebe beteiligt. Die Gutsbesitzer hält sorgfältig Wacht, daß diese „verbotenen Wege“ nicht beschränkt werden, wenigstens von streikenden Bergarbeitern nicht beschränkt werden. Werden die „verbotenen Wege“ von einem Streikenden betreten, dann liegt es Strafe ab. Das Warnungsaufstellungen grenzt stellenweise fast an groben Unfug. Unabhängig sind die Straßendamen, die es wegen dieser „Verbrechen“ angeht hat.

Weiter ist die Polizei jetzt bemüht, das gesetzlich gewährte Recht des Streikpostens zu verhindern oder, besser gesagt, unmöglich zu machen. Auch wegen Streikpostens werden unglückliche Strafmandate verhängt. Schon nur wenige Wochen. Ein Streikposten erhielt im 23. Oktober mit folgender Begründung: „Sie sind am 23. d. M. nachmittags gegen 4 Uhr mit noch mehreren Personen als Streikposten an der Domnisch- und Tiergartenstraße betreten, wodurch der freie und sichere Verkehr an dieser Stelle gehemmt und gefährdet worden ist.“ Diese Strafverfügung ist von der Polizeiverwaltung der Stadt Jena erlassen worden. In dieser Stadt war am 16. Juni 1911 ein Strafmandat. Mein Mensch konnte ungedeutet auf den Straßen gehen. Der Bahnhof wurde von jungen Damen der besten Gesellschaft geradezu belagert. Durch diesen Unfug wurde der freie Verkehr behindert. Da sind sich aber kein Verstand, die Bergarbeiter, in dieser Sache. Diese Damen durften also unter polizeilichem Schutz die Sicherheit und Leichtigkeit des freien Verkehrs gefährden.

Ein anderer Streikposten erhielt 13 Mk. Geldstrafe mit folgender Begründung: „Sie haben am 9. d. M. der zum Schutze der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs ergangenen Aufforderung des Gutsbesitzers-Bachmeister's Reinhardt, sich von Reifens-Grabenweg an Grube 807 zu entfernen, nicht Folge geleistet.“ Die Straße, von welcher sich der Streikposten entfernen sollte, um die Leichtigkeit des Verkehrs zu verhindern, wird einen ganzen Tag über noch nicht von 50 Personen benutzt.

Ein weiterer Streikposten erhielt ein Strafmandat in der Höhe von 20 Mk. mit folgender Begründung: „Sie haben am 27. v. M. abends 8 Uhr, durch fortgesetztes Auf- und Abgehen an dem eisdichten Fußwege in Richtung des freien Verkehrs auf dem eisdichten Fußwege in Richtung des freien Verkehrs, die Sicherheit des Verkehrs gefährdet.“ Die Strafe, von welcher sich der Streikposten entfernen sollte, um die Leichtigkeit des Verkehrs zu verhindern, wird einen ganzen Tag über noch nicht von 50 Personen benutzt.

Die gegen diese Strafverfügungen eingelegten Berufungen haben, sofern sie vor dem Schöffengericht in Jena verhandelt wurden, den Erfolg, daß für jedesmal die Strafe auf das Doppelte erhöht wird. Beißer Geist vor dieser Artigkeit weiß, gibt aus einem Satz aus einer Urteilsbegründung hervor. Dort heißt es: „Mit Rücksicht auf die Gefährdung, die in dem weiteren Gehen des Streiks liegt, erschien die erlassene Strafe angemessen.“

Ueber die Entscheidungen des Jäger Schöffengerichts ist noch nicht das letzte Wort gesprochen.
Ein anderer Bergarbeiter, der schon seit Jahre im Revier beschäftigt war und Reichsrichter Staatsangehöriger ist, ist angeklagt worden. Warum, das wissen die Götter!
So stehen Unternehmern und Polizei in hoher Übereinstimmung gegen die Bergarbeiter.

Beiztiefängerfest und Polizeijägerfest.

Zu der preussischen Polizeiverwaltung, die sich — wie wir schon am Commodend Tag mitteilen — beim Vergehen gegen das Beiztiefängerfest in Bitterfeld so glänzend benährte, wird uns eine äußerst interessante, teils formale, teils aufreizende Beiztiefängerfest gemeldet. Am 21. November d. J. wurde der Antrag auf Festgabe der städtischen Feiern zur Abhaltung des Beiztiefängerfestes durch die Bitterfelder Gelangungsverwaltung eingereicht. Schon nach einigen Tagen, am 25. November, hatte der Vorstand der Gemütskrankheiten in Halle, bei der ersten Einreichung des Antrags, den Rat, den Antrag nicht anzunehmen, weil es in dieser Zeit noch nicht feststand, doch wurde am 13. März 1911 in einer mündlichen Aussprache des Stadterordneten Bod mit dem Bürgermeister nachgeholt. In dieser Aussprache wurde dem Besonderen Bod die Versicherung erteilt, daß der Magistrat und die städtischen Behörden das Fest des Beiztiefängerfestes eingetragenen werden, wurde um Eintragung des Festprogramms ersucht; dieser Aufforderung ist Rechnung getragen worden. Das war am 4. Mai 1911. Da keine Antwort kam, wurde der Vorstehende des Gelangungsverwaltung, persönlich beim Magistrat anfragen. Man wurde ihm die Versicherung erteilt, daß alles bereit sei, das Material sollte wohl heißen (die Genehmigung) werde ihm in den nächsten Tagen ausgehen. Sonderbarerweise kam aber schon am nächsten Tag ein Polizeibeamter zu dem Vorstehenden und rief ihm, seine Beträge mit dem Beiztiefängerfest und Schaubühnenfestern eingezogen, solange ein solches Fest nicht genehmigt ist. Am 13. Juni erhielt schließlich der Vorstehende des Gelangungsverwaltung des Schreiben: Der Magistrat zu Bitterfeld. Bitterfeld, den 10. Juni 1911. (Im Original durchgestrichen.)

Zum Schreiben vom 4. Mai 1911.
Wir erlauben uns Mitteilung, aus welchen Orten und Kreisen die fremden Sänger zu dem am 15., 16. u. 17. Juli d. J. in Aussicht genommenen Sängerfest nach hier kommen werden.

Die Polizeiverwaltung und der Magistrat.
J. B. Dempke. (Auch im Original durchgestrichen.)

Die Abhaltung eines Sängerfestes am 15., 16. u. 17. Juli d. J.
Die Abhaltung eines Sängerfestes am 15., 16. u. 17. Juli d. J. in Aussicht genommenen Sängerfest nach hier kommen werden.

Die Polizeiverwaltung und der Magistrat.
J. B. Dempke. (Auch im Original durchgestrichen.)

Die Abhaltung eines Sängerfestes am 15., 16. u. 17. Juli d. J.
Die Abhaltung eines Sängerfestes am 15., 16. u. 17. Juli d. J. in Aussicht genommenen Sängerfest nach hier kommen werden.

Die Polizeiverwaltung und der Magistrat.
J. B. Dempke. (Auch im Original durchgestrichen.)

Die Abhaltung eines Sängerfestes am 15., 16. u. 17. Juli d. J.
Die Abhaltung eines Sängerfestes am 15., 16. u. 17. Juli d. J. in Aussicht genommenen Sängerfest nach hier kommen werden.

Die Polizeiverwaltung und der Magistrat.
J. B. Dempke. (Auch im Original durchgestrichen.)

Die Abhaltung eines Sängerfestes am 15., 16. u. 17. Juli d. J.
Die Abhaltung eines Sängerfestes am 15., 16. u. 17. Juli d. J. in Aussicht genommenen Sängerfest nach hier kommen werden.

Die Polizeiverwaltung und der Magistrat.
J. B. Dempke. (Auch im Original durchgestrichen.)

Die Abhaltung eines Sängerfestes am 15., 16. u. 17. Juli d. J.
Die Abhaltung eines Sängerfestes am 15., 16. u. 17. Juli d. J. in Aussicht genommenen Sängerfest nach hier kommen werden.

Die Polizeiverwaltung und der Magistrat.
J. B. Dempke. (Auch im Original durchgestrichen.)

beteiligt, fehlten gänzlich, was sie damit begründeten, daß auf Anweisung ihres Hauptvorstandes Beiträge mit anderen Organisationen nicht mehr auf örtlicher Ebene geregelt werden dürfen. Die beteiligten Hauptverbände würden in nächster Zeit zusammen treten, um die Grenzstreitigkeiten zu beilegen. Kurz vor unserer Veröffentlichung wurde vom Hauptvorstand der Bauhilfsarbeiter der Zentralleitung der Fabrikarbeiter mitgeteilt, daß der Kartellvertrag mit der Reichmelange abläuft, jedoch sei man nicht abgeneigt einen den modernen Verhältnissen entsprechenden neuen Vertrag abzuschließen. Es liegt dies wohl für uns, bei dem einen Vertrag mit einer Frist nicht wieder abzuschließen wollte. Der Fabrikarbeiterverband wollte aber von allem nichts wissen. Jedoch gleich nach der Reichmelange, als bei ihnen ein Mitglieder-schmud eintrat, fragten sie bei unserem Hauptvorstand an, wie es mit dem Abschluß eines Vertrages läge? Selbstverständlich hat unser Hauptvorstand darauf ebenfalls nicht reagiert, weil wir überhaupt kein Interesse haben an Beiträgen, wie sie der Fabrikarbeiterverband wünscht.

Literarisches.

Vögel fremder Länder von Dr. A. Floerke (1911, Stuttgart, Neosom, Gesellschaft der Naturfreunde) 1 Bf., geb. 1,80 Mark. Ein Gebiet voll Geselligkeit und Eigenart führt uns der bekannte Vogelkennner in seinem von neuem Werke zum Vogelwelt durchströmten Büchlein ein. So kann nur jemand plaudern, der die erstliche Vogelwelt nach eigener Anschauung kennt, der die Widnis unter großen Mühen mit offenen Augen

durchquert hat. Da ist der Pelikan, der Flamingo, der Sekretär, der Schneidervogel, der Rosenvogel, die verschiedenen Webervögel, der Kolibri, der Pfefferfresser, die Schamadrösel, der Rosenfink, die Papageien und viele andere Arten, die nach ihren Lebensgewohnheiten treffend gezeichnet werden. Besonders eingehend ist der Pfefferfink, der bei vielen fremden Vögeln in so eigenartige Stimm-empfindungen hat, behandelt. Die Mitteilungen über die Pfeifer des Kolibri, des Salomanganes, des Webers und des Krangenvogels sind außerordentlich interessant. Jeder Naturfreund, der sich einmal wieder in ein Gebiet schöner Naturfreunde vertiefen will, wird dieses Büchlein nur mit tiefer Befriedigung aus der Hand legen.

Merkmale für unsere Berichterstatter.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schick es sofort ein.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Reporters und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar; schreibe nicht mit Meißelstil, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.
4. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.
5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige daneben oder darunter.

Zentral-Bibliothek.

Ausgabezeiten: Dienstags, Donnerstags abends 8-9 Uhr und Sonntags von 10-12 Uhr.
Ausgabeort: Für Nord Wolfspatz (Burgstraße 27), für Süd Ballfäule (Gerdensfeldstraße 14).

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,

Berg 42/48, Hof, 2 Treppen.
Sprechstunden nur Wochentags von 11^{1/2}-1^{1/2} Uhr abends von 5-8 Uhr. Sonntagen nachmittags und Sonntags geschlossen. - Telefon Nr. 1541.

Wochentage der Redaktion von 1/2 bis 1/2 11.

Nicht nur als Tafel-Butter sondern infolge des wirklich delikaten, reinen, milden Geschmacks verwenden heute tausende und abertausende Hausfrauen Käuhsels weltberühmten Tafel-Butter-Ersatz (Margarine), als Spargel-Butter. Wer probiert, lobt! Albert Knäusel.

Bitte lesen! Bitte lesen!
Vom Einfalt von
Henkel's Bleich-Soda

ach man genau auf untenstehende Packung und weiße Nachschreibungen, da meistens minderwertig, energisch zurück.



Alle Parteischriften Volks-Buchhandlung.

- Aermel-Plättbretter** G. m. b. H. C. F. Ritter Leipzigstrasse 90.
- Segeltuchschuhe** getragene, sehr gut erhalten, großer Sohlen, weiches billige 4. Sternlicht, After Markt 11.
- Prakt. Kirschkernker** 18 Pfg. bei G. m. b. H. C. F. Ritter Leipzigstrasse 90.

Etablissement Ballsäle. Glauchaer Schützenhaus.

Mittwoch abend 8^{1/2} Uhr:
Frei-Konzert.
Ergebenst ladet ein Fr. Sachse.

Achtung! Achtung!
Den geehrten Genossen, Inhabern von Saal- u. Gartenlokalen zur gefl. Kenntnis, daß das Orchester der freien Musiker, Ortsgruppe Halle, für einige Konzerte in der Woche, unter günstigen Bedingungen, noch frei ist. Aufträge nimmt der Vorsitzende, E. Arndt, Köpfigerstraße 198, entgegen.

Hilfe für Magenkranke,
selbst bei veralteten Magen- und Darmleiden, sowie Leber- und Gallenerkrankung bringt das Priestley-Magnesium-Superoxyd infolge seines Gehaltes an aktivem Sauerstoff, der die Verdauung fördert, den Stoffwechsel reguliert und Darmgase entfernt. Preis: Mk. 1.—, 2.— und 3.50. — In allen Apotheken käuflich. — Prospekt gratis durch Hauptniederlage: Bahnhofs-Apothek, Halle a. S.

Anfichts-Postkarten

- Schlaachtefest.** Marie Böhmer, Treffstraße 2.
- Schlaachtefest.** Bernhard Siegel, Seifenstraße 47.
- Schlaachtefest.** Paul Marschall, Rosenstraße 2.
- Schlaachtefest.** 8 Uhr: Weißfleisch, Otto Becker, Weißfleisch.
- Schlaachtefest.** 8 Uhr: Weißfleisch, F. Kluge, Lessnerstr.

Aktuell.

Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie.
Eine sehr zeitgemäße und wertvolle Broschüre des Halleischen Arbeitersekretariats Friedrich Kretsch.
Jeder Arbeiter muß diese anerkennende Arbeit im eigenen Interesse lesen.
Preis nur 25 Pfennige.
Zu beziehen durch alle Buchhändler und durch die **Volksbuchhandlung**, Halle a. S., Berg 42/48.

Es gibt keine bessere Schönheit als:
Dr. Gontner's



Kimber-Sirup mit feinster Raffinade eingedickt, 1 Pfund 50 Pfg., bei 5 Pfund 2 Pfund 45 Pfg., empfiehlt Carl Booch, Breitestr. 1, und Markt, Roter Turm 12.

Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Abzahlungsgeschäfte M. Thiele, Gohenstr. 1, p.	Bismarck Oefen Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24. F. Lindenbahn, Königstr. 8.	Haus- und Küchengeräte K. Kuckenburg, Rannischestr. 12.	Kolonialwaren H. Ackermann, Merseburgerstr. 61. Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 33p. C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26.	Schneiderei-Bedarfsartikel F. C. Wissell, Marktplatz 11. L. Zengerling, Schulstr. 7.	Weiss-Woll-Tapisserie Franz Nagam, Lindenstr. 56.
Brauereien F. Günther, Halle a. S.	Fahrräder u. Nähmaschinen Henry Klepzig, Reistr. 2.	Honighuchen, Zuckerwaren Friedrich Bock, Schmeerstrasse 16.	Lederhandlungen Herm. Schmidt, Geiststr. 23.	Spezialität, Möbeltransport O. Kästner & Co., Brunnenstr. 36. Wilh. Müller, Brunnenstr. 58.	Zigarrenhandlungen F. Soldmann, Königstrasse 86. Schubert, William, Zigarren und Schularartikel, Lauchstädterstr. 15.
Brotback, Mehlen Richard Wolf, Verlag, Königstr.	Fleischermeister, Wurstfabriken J. Kiestermann, Advokatenweg 37. Franz Kausz, Burgstr. 59.	Hüte und Mützen Friedrich Pilotar, Geiststr. 23.	Möbel-Magazine H. Elkan, Leipzigstr. 87. Bekleidg.-Gegenst.-J. Art.	Uhren- u. Goldwaren Friedrich Hofmann, Klausstr. 23. Albert Menckel, Gr. Steinstr. 62 A. Schüller, Leipzigstr. 92. A. Weiss, Kleinschneiden 6.	Willy Wuder , Neue Promenade 16. vis-à-vis Leipz. Turm.
Brogen und Farben M. Bädler, Rannischestr. 2.	Angust Mangold , Merseburgerstrasse 105. Robert Schäfer, Königstr. Otto Ulbricht, Bäckerstrasse 1.	Kartonnagen W. Schmell, Wuchererstr. 40.	Photographische Ateliers Richard Schröder, nur Steinweg 17.	Weine u. Fruchtsäfte etc. H. Kado Nachf., Leipzigstr. 93. Max Kugel, Magdeburgerstr. 58.	Ammendorf. Sanitäts-Drogerie, Inh.: Rich. Glaußig, Amendorf, Radewell Hallestr. 65, Hauptstr. 20. A. Hermann, Uhrmacher. O. Probsthahn, Beitz-Bein.-Ans. W. Wünschler, Schulwaren.
Ha- u. Verkaufsgeschäfte F. Henncke, Kl. Ulrichstr. 15.	Handlertwagen-Fabriken Theodor Lühr, Leipzigstr. 94. Oskar Kutscher, Moritzkirchhof 10. Ernst Selzmann, Merseburgerstr. 16.	Kaufhäuser H. Elkan, Leipzigstr. 87. Bekleidg.-Gegenst.-J. Art.			
Haus- und Stahlwaren F. Lindenbahn, Königstr. 8.		Kinderwagen Theodor Lühr, Leipzigstr. 94.			

Verleger: Hermann Kugel, Leipzigstr. 93. Druck: Druckerei des Verlegers, Leipzigstr. 93.